



Samstag, 15. Januar 2022, 15:57 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Spaziergang ins Ungewisse

Die Protestveranstaltungen in vielen Städten werden irgendwann im Sande verlaufen, wenn wir uns nicht schon jetzt Gedanken über ihre Ziele machen.

von Tom-Oliver Regenauer
Foto: StunningArt/Shutterstock.com

Alternative Staats- und Gesellschaftsformen – ein
Thema, das für Politikverdrossene wenig Charme

versprüht. Dabei müsste man jetzt vorbehaltlos in der Breite diskutieren, wie es nach Corona politisch weitergehen kann. Sonst laufen die meist als „Spaziergänge“ bezeichneten Kleindemonstrationen in vielen Städten sprichwörtlich ins Leere. Ihre Initiatoren wollen wohl möglichst viele Menschen ansprechen und versöhnen, statt zu spalten. Auf Reden, Sprechchöre und Plakate wird weitgehend verzichtet. Der Nachteil: Niemand weiß so recht, worauf das alles hinauslaufen soll. Der Widerwille gegen Impfpflicht und Ungeimpften-Diskriminierung eint die meisten Spaziergänger. Was aber, wenn im Zuge besserer „Corona-Zahlen“ diese beiden Hauptangriffspunkte der Bewegung verschwinden – das zugrunde liegende destruktive Macht- und Geldsystem jedoch nicht? Der Autor ruft alle dazu auf, sich die Frage nach dem „Wofür“ zu stellen; das „Wogegen“ scheint ziemlich klar. Er skizziert die Umrissene einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung.

Chaos, Mord und Totschlag. Das sind die ersten Assoziationen vieler Menschen, wenn sie den Begriff „Anarchie“ hören. Dabei trifft diese Beschreibung in keiner Weise auf das zu, was mit der häufig fehlinterpretierten Vokabel gemeint ist. Was die meisten vorschnell als Anarchie bezeichnen, nennt sich Anomie (https://de.wikipedia.org/wiki/Anomie#%E2%80%9EAnomie%E2%80%9C_bei_Durkheim) – eine völlige Abwesenheit sozialer Normen, Regeln und Ordnung; während Anarchie (<https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchie>) im Kern für die „Abwesenheit von Herrschaft“ steht. Genauso oft hapert es beim zu Recht politikverdrossenen Wähler am Detailwissen um

Basisdemokratie (<https://de.wikipedia.org/wiki/Basisdemokratie>),
Libertarismus (<https://de.wikipedia.org/wiki/Libertarismus>),
Voluntarismus (<https://de.wikipedia.org/wiki/Voluntarismus>),
Sozialismus (<https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus>),
Kommunismus (<https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunismus>)
oder auch Totalitarismus
(<https://de.wikipedia.org/wiki/Totalitarismus>).

Alternative Staats- und Gesellschaftsformen sind für manchen nur abstrakte Begriffe. Deswegen haben viele Menschen wohl erst spät Bedenken gegenüber einem immer autoritärer agierenden Staat entwickelt. Auch Autonomie
(https://de.wikipedia.org/wiki/Autonomie#cite_note-19),
Naturrecht (<https://de.wikipedia.org/wiki/Naturrecht>) und
spontane Ordnung
(https://de.wikipedia.org/wiki/Spontane_Ordnung) sagen vielen treuen Anhängern etablierter Parteien bisher vermutlich wenig. Denn auch ihre eigene Demokratie ist ihnen oft fremd und über dieses Konstrukt hinauszugehen für viele unmöglich. Von der Fähigkeit, „out of the box“ zu denken, werden Menschen in den Mühlen staatlicher Bildung seit Dekaden entwöhnt. Doch genau über echte Alternativen zum herrschenden System müssten jetzt alle politischen Lager ohne Vorbehalte und ergebnisoffen diskutieren, bevor sie in Scharen zu Spaziergängen aufbrechen – sonst laufen diese am Ende sprichwörtlich ins Leere.

„Wenn wir nicht klug genug sind, Autorität infrage zu stellen, wie können wir dann klug genug sein, uns in einem demokratischen System zu engagieren? Demokratien funktionieren nur, wenn Menschen Autoritätspersonen zur Rechenschaft ziehen“ (Joss Sheldon).

Die Proteste gegen die schizophrene Coronapolitik sind mit der Ausrufung von Impfpflichten im bürgerlichen Spektrum angekommen. Auf Tausenden friedlichen Spaziergängen mit

Millionen von Teilnehmern verleiht ein breiter Querschnitt der Bevölkerung seinem Unmut über den verstetigten Ausnahmezustand sowie die Diffamierung von Häretikern und Nonkonformisten Ausdruck. Die sämtliche Schichten der Gesellschaft repräsentierenden Demonstranten wissen genau, gegen was sie da aufbegehen.

Dennoch bleiben auch Montagsspaziergänge der Massen nur ein folgenloser Spießrutenlauf mit dem Staatsapparat, können oppositionelle Bewegungen keine Vision für den Zustand nach der Krise artikulieren. Denn „der Ziellose erleidet sein Schicksal“, wie Immanuel Kant es beschreibt, „der Zielbewusste gestaltet es“.

Gegen etwas zu sein ist leicht. Für etwas zu sein aber viel wichtiger, wenn eine Widerstandsbewegung nachhaltige Veränderungen herbeiführen möchte. Dass es keine Rückkehr zur alten Normalität geben wird, ist mittlerweile jedem klar. Die wurde vom evidenzlosen Corona-Feudalismus unwiederbringlich zerstört. Zum Teil ist das auch gut so. Denn die zivilgesellschaftlichen Fehlentwicklungen der Vergangenheit haben erst dazu geführt, dass Corona möglich wurde. Der Nährboden für die aktuelle Massenhysterie wurde in der Vergangenheit bereitet. Diese Erkenntnis birgt eine einmalige Chance für die freiheitlich organisierte Zivilgesellschaft – trotz des Umstandes, dass das infantile „New Normal“ derweil immer obskurer und abstoßender wird und die letalen Folgen der Krisenpolitik nicht mehr unter den Teppich zu kehren sind.

Die disruptive Natur der vermeintlichen Pandemie hat nicht nur massive Risse im Fundament des gesellschaftlichen Selbstverständnisses verursacht, sie hat auch die Schwachstellen, die kriminelle Energie und die autoritären Züge eines scheintoten Systems offenbart, welches mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, sich an der Macht zu halten. Das Monster namens Staat ließ seine Maske fallen. Ironischerweise indem es seine Bürger zunächst zwang, eine solche zu tragen, um Gehorsam zu

signalisieren. Das System machte anschließend mehrfach unmissverständlich klar, wer das Gewaltmonopol innehat.

Masken und Lockdowns markierten jedoch erst den Anfang eines grotesken Schauspiels totalitärer Anmaßungen seitens Politik, Staat und Konzernwirtschaft. So haben Pharma-Faschismus, Diffamierung kritischer Prominenz sowie völlige Ignoranz von allseits anerkannten Grund- und Menschenrechten letztlich dazu geführt, dass mehr Menschen als je zuvor realisieren, von was sie da regiert werden. Die Protestbewegung gewinnt daher nicht nur national an Momentum. Sie hat mittlerweile das globale Potenzial entwickelt, der Pandemie-Politik in überschaubarer Zeit und mit friedlichem Protest Einhalt zu gebieten.

Aber das wird nicht das Ende des technokratischen Totalitarismus sein, dessen soziale, digitale und finanzielle Infrastruktur im Zuge von drei Mega-Events – 9/11, Finanzkrise und COVID-19 – vorbereitet, ausgerollt und zum Großteil bereits implementiert wurde. Für wirksame, kontinuierliche Veränderungen hin zu einer humaneren Gesellschaft wird es daher nicht genügen, dem Pharma-Diktat ein Ende zu setzen. Denn die nächste Krise folgt auf dem Fuße – und faschistoide Instrumentarien zur Eindämmung von Krisenszenarien aller Art sind inzwischen Gesetz. Aus diesem Grund ist es entscheidend, jetzt lagerübergreifend zu diskutieren, wohin die gesellschaftspolitische und ökonomische Reise gehen soll.

Es gilt, eine tragfähige Vision dessen zu artikulieren, was nach Corona kommen könnte. Dazu muss die allgemeine und systeminhärente Politikverdrossenheit überwunden werden. Denn eine echte Demokratie, wie auch jede andere partizipative Staatsform, erfordert politische Bildung, persönliches Engagement, sozialen Charakter und den Willen, eigene Positionen kritisch zu hinterfragen. Diese einmalige Chance globaler Mobilisierung der Menschheitsfamilie gegen Oppression darf nicht ungenutzt bleiben.

„Du wirst die Dinge niemals ändern, indem du das Bestehende bekämpfst. Um etwas zu verändern, baue ein neues Modell, welches das alte überflüssig macht“ (Buckminster Fuller).

Dass es für das Zusammenleben der Zukunft kein Patentrezept, keinen unfehlbaren Plan gibt, ist logisch. Die derzeitige Situation ist einmalig. Sie betrifft die ganze Welt. Und jedes theoretische Gesellschaftsmodell hat Vor- und Nachteile, Stärken und Schwächen. Die reine Lehre existiert nicht. Kein Vordenker hat die absolute Wahrheit für sich gepachtet. Obwohl zum Beispiel libertäre Theoretiker wie **Milton Friedman**

(https://en.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman), **Ludwig von Mises** (https://en.wikipedia.org/wiki/Ludwig_von_Mises), **Friedrich Hayek** (https://en.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Hayek), **Karl Popper** (https://en.wikipedia.org/wiki/Karl_Popper) oder **Hans-Hermann Hoppe** (https://en.wikipedia.org/wiki/Hans-Hermann_Hoppe) vielversprechende Thesen für eine freiheitliche Gesellschaft formuliert haben, müssen ihre Ideen mit Vertretern anderer Positionen diskutiert werden, um im Stresstest und in der Abwägung aller Konzepte ein tatsächlich realisierbares Vorgehen zu entwickeln, das eine Mehrheit der Bevölkerung bereit ist mitzutragen.

Daher müssen gleichsam Anregungen aus anderen staats- und sozialtheoretischen Bereichen Gehör finden. Auch wenn im Speziellen sozialistische oder kommunistische Theorien für mehr Staat stehen – was gerade nicht die Lösung sein kann, wenn der korrupte Staat wiederholt Auslöser sozioökonomischer Katastrophen und Kriege ist. Diesbezüglich ins Detail zu gehen, würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Festzuhalten ist: Viele Konzepte menschlichen Zusammenlebens sind bislang nicht über das Stadium des theoretischen Konstrukts hinausgekommen. Obwohl sie es verdient hätten, ausprobiert zu werden. Andere wurden im Lauf der Geschichte in begrenztem

Umfang auf Praxistauglichkeit getestet. Die meisten scheiterten jedoch an sich selbst. Und die durchaus zahlreichen erfolgreichen Alternativen zum starken Staat wurden alsbald von einem solchen beendet, um keinen positiven Präzedenzfall entstehen zu lassen, der über seine Zeit hinauswirken könnte.

So ist über die Jahrhunderte zwar ein Potpourri von Ideen für das goldene Zeitalter der menschlichen Zivilisation entstanden, durchgesetzt hat sich aber jedes Mal die gleiche gesellschaftliche Organisationsform. Eine wie auch immer ausgestaltete repräsentative Feudalherrschaft der wenigen über die vielen. Das Kapital beherrscht den „Pöbel“. Auch wenn es über Wahlen und Mandate vorgeblich dessen Willen repräsentiert. Dahingehend hat sich seit dem Mittelalter kaum etwas verändert. Die sich konstant intensivierende, extreme Ungleichheit der Vermögensverteilung spricht diesbezüglich Bände: Eine Gruppe von circa 6.000 Superreichen besitzt einen Großteil des Planeten. Historisch einmalige und keinesfalls erstrebenswerte Zustände. Auch der moderne XXL-Staat wächst unaufhörlich weiter, entwickelt sich zum zentralistischen, allwissenden, übergriffigen Moloch. Berauscht von seiner eigenen Machtfülle, wird er diese niemals freiwillig reduzieren. Das wenigstens lehrt die Geschichte, auch wenn die Geschichte den Menschen sonst scheinbar wenig gelehrt hat.

„Das deutlichste Symptom der faschistischen Politik ist die Spaltung. Sie hat zum Ziel, die Bevölkerung in ein ‚Wir‘ und ein ‚Sie‘ zu trennen“ (Jason Stanley).

Nicht wenige vertreten die Überzeugung, dass der aktuellen Krise mit neuen Parteien und Köpfen beizukommen ist. Doch das ist ein Trugschluss. Denn schlussendlich bedeutet dieses Vorgehen, dass man das Spiel der Mächtigen akzeptiert und sich ihren Rahmenbedingungen unterordnet.

Die repräsentative Demokratie, der verfilzte Korporatismus – das ist das Spielfeld der herrschenden Klasse, und die bestimmt die Regeln. Jede Partei, die versucht, in diesem System fundamentale Veränderungen herbeizuführen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn sobald sie an der Macht ist oder auch nur an Einfluss gewinnt, wird sie von den gleichen Mechanismen und Prozessen korrumptiert werden, denen auch die Überzeugungen etablierter Parteien zum Opfer gefallen sind. Das bisherige Spielfeld zu verlassen und sich mit neuen Ideen zu beschäftigen, ist somit ein Imperativ.

Denn sicher scheint: Der Umfang staatlicher Verantwortung muss dringend eingeschränkt werden. Weg vom paternalistischen Fürsorgestaat. Weg vom Konzept des hochdotierten Berufspolitikers, der keinen Bezug mehr zur Lebenswirklichkeit seiner Bevölkerung hat. Es bedarf mehr Elemente direkter Demokratie. Partizipation ist unerlässlich. Amtszeiten müssen drastisch reduziert werden. Der Staat muss in einem ersten Schritt auf seine Kernaufgaben zurückgefahren werden. Macht muss vom Souverän ausgehen, dezentral verteilt und regional sowie lokal wahrgenommen werden.

Dem ausgeprägten Korporatismus, zwischenzeitlich euphemistisch als Stakeholder-Kapitalismus bezeichnet, muss ebenfalls umgehend ein Riegel vorgeschoben werden. Monopole und Oligopole sind abzuschaffen. Konzerne, die ausschließlich von finanziellen Interessen getrieben sind, müssen daran gehindert werden, hoheitliche Aufgaben zu übernehmen. Das gilt in gleichem Maße für nichtstaatliche Organisationen und supranationale Institutionen, die sich über die Gesetzgebung und Interessen von Nationalstaaten und deren Bevölkerung in amoralischer Art und Weise hinwegsetzen.

„Blinder Glaube an die Obrigkeit ist der schlimmste Feind der Wahrheit“ (Albert Einstein).

Ein radikaler Systemwechsel kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Daher ist es naheliegend, zunächst den demokratischen Rahmen zu nutzen, um Veränderungsprozesse zu initiieren. Das entsprechende Instrumentarium der Demokratie ist jedem Montagsspaziergänger geläufig. Und die Einführung von Volksabstimmungen, eine verfassungsgebende Versammlung sowie die Stärkung von Lokal- und Regionalpolitik sind relativ kurzfristig umsetzbare Ziele, die zeitnah ein Fundament für weitere systemische Veränderungen bilden können. Veränderungen, die der gesamten Gattung Homo sapiens zugutekommen, nicht nur einer prädestinierten Elite. Aus einem basisdemokratischen Zustand heraus könnten Schritte in Richtung dezentraler Organisationsformen ins Auge gefasst werden. Wichtig ist dabei vor allem, dass der Diskurs nicht von einem erlesenen Kreis egozentrischer Vordenker im Elfenbeinturm, sondern von der breiten Masse auf der Straße bestritten wird.

Praktikabel erscheinen neben basisdemokratischen Konzepten unter anderem libertäre Ansätze wie die sogenannte **Privatrechtsgesellschaft** (<https://www.libinst.ch/?i=die-privatrechtsgesellschaft>). In Kombination mit einem abgespeckten Staatswesen, das möglichst regional konstituiert ist und primär für innere und äußere Sicherheit Sorge zu tragen hat, könnte ein libertäres Modell in überschaubarer Zeit Erfolg versprechen. Ob und in welchem Umfang ein derartiger Minimalstaat auch für soziale Aufgaben zuständig sein soll, muss in der Auseinandersetzung mit allen Theorien und politischen Strömungen eruiert werden.

Inwieweit strukturelle Elemente direkter Demokratie, Minarchie, Anarchie, von Voluntarismus oder Sozialismus vereinbar sind, ist die spannende Frage, die es jetzt ohne Vorurteile und Vorbehalte zu beantworten gilt. Konsens herzustellen dürfte dabei natürlich eine Herausforderung sein. Vielleicht ist aber auch dieser Weg schon das Ziel. Denn wenn ihn alle gemeinsam gehen, anstatt gespalten von ihren politischen Idealen, hat wahrhaftige Veränderung eine

Chance.

Eines steht fest: Es bleibt nicht viel Zeit, um herauszufinden, wofür man sich engagieren möchte. Denn die persönliche Freiheit aller Menschen ist in Gefahr.

Unabhängig vom politischen Spektrum. Und es könnte angesichts Globalisierung und „vierter industrieller Revolution“ die letzte Chance sein, diese zu verteidigen.

Auch wenn bis dato nahezu alle Gesellschaften heteronom instituiert sind, wünschen sich mündige Staatsbürger aller Lager seit Langem vor allem eines: mehr Selbstbestimmung. Dabei spielt die politische Gesinnung eine untergeordnete Rolle. Denn von der Spitzopolitik enttäuscht sind alle. Kaum jemand vertraut ernsthaft dem heutigen, nachweislich korrupten Staatswesen. Und Kategorien wie links oder rechts verlieren in einer monarchischen, anarchischen, basisdemokratischen oder über Privatrecht organisierten Gesellschaft an Relevanz. Die gesellschaftspolitische Debatte würde sich, da regionaler aufgestellt, verstärkt auf Elementarfragen fokussieren.

Die von Spitzopolitik und Leitmedien induzierte Spaltung wäre überwunden, das soziale Miteinander wieder im Fokus. Deswegen bedarf es einer ideologieübergreifenden „Roadmap“, welche einen gangbaren Pfad vom dystopischen Istzustand in Richtung Utopie skizziert. Die übergeordneten Ideale, nämlich die allgemeinen Menschenrechte, teilen im Kern alle politisch ernst zu nehmenden Lager. So ist zu hoffen, dass angesichts des absehbaren Scheiterns der Krisenpolitik alsbald eine Renaissance der Vernunft Einzug hält und ein Ende der Segregation zu beobachten ist.

„Autoritarismus und Rationalismus in unserem Sinn sind unversöhnbar, da das Argumentieren, das Kritik einschließt, und die

Kunst des Anhörens von Kritik die Grundlage des Vernünftigseins sind“ (Karl Popper).

Der Homo sapiens braucht weder einen starken Staat in seiner heutigen Form noch Spitzenpolitiker, um ein geordnetes Zusammenleben zu gestalten. Die Alternativlosigkeit zum heutigen System ist reine Illusion. Das staatliche Bildungswesen indoktriniert nachwachsende Generationen entsprechend und verankert Etatismus, Konformismus und Obrigkeitshörigkeit in der Weltsicht der Adoleszenten. Die Geschichte beweist jedoch, dass es auch anders geht. Während des spanischen Bürgerkrieges in den 1930er-Jahren waren beispielsweise große Teile des Nordens komplett anarchisch organisiert – und reüssierten.

Waren konnten zum Teil zu einem Viertel der üblichen Kosten bezogen werden. Geld war entweder abgeschafft oder durch Gutscheine ersetzt worden. Es wurde mehr produziert als zuvor. Unbürokratische Entscheidungen in den anarchischen Kommunen trafen Räte oder Versammlungen. Neben der Verbesserung der ökonomischen Situation wehte zudem ein Geist der kulturellen Revolution durchs Land, der tradierte Formen intellektueller Unterdrückung ablöste und neue Freiheiten brachte.

Vergleichbare Vorgänge gab es in jüngerer Vergangenheit in der Ukraine, in Venezuela, Syrien und der Freistadt Christiania (https://de.wikipedia.org/wiki/Freistadt_Christiania) in Kopenhagen, welche bis heute Bestand hat. Überall auf der Welt leben Menschen schon jetzt in autonomen Gemeinschaften, die ohne staatliche Subvention oder Intervention zurande kommen. Naturrecht und spontane Ordnung sorgen dafür, dass keine Anomie entsteht.

Ein positiver Aspekt solch basisdemokratischer, anarchischer, libertär-autonomer oder privatrechtlicher Gesellschaftsformen ist, dass Kriege bei entsprechender Ausbreitung des Modells zu einem

Relikt der Vergangenheit geraten. Denn diese gehen immer von institutioneller Politik, von Staaten mit Hoheitsgebiet aus und werden aufgrund territorialer Ansprüche oder wegen finanzieller Interessen vom Zaun gebrochen. Nicht einzelne Bösewichte haben in den vergangenen Jahrhunderten Abermillionen von Menschen umgebracht – Staaten, das heißt ihre Regenten und Financiers, waren es.

Daher muss neben der Staatsform in einem zweiten Schritt auch das internationale Fiat-Finanzsystem ersetzt werden. Denn Geld ist der primäre Hebel der Mächtigen, um Kontrolle über den Normalbürger auszuüben. Dabei braucht niemand eine globale Währung oder mächtige Zentralbanken, um Handel zu treiben oder den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Dezentrale, unabhängige Finanzmarktkonzepte gibt es, vor allem im Zeitalter der Kryptowährungen, zur Genüge. In Österreich existieren zum Beispiel in nahezu jedem Bundesland lokale Währungen, mit denen man anstatt des Euro bezahlen kann, wie ein [Artikel](https://www.diepresse.com/707629/lokalaehrung-hoffen-auf-impulse-fuer-die-region) (<https://www.diepresse.com/707629/lokalaehrung-hoffen-auf-impulse-fuer-die-region>) von Die Presse schon 2011 berichtete. Und auch in den USA gab es vor der Einführung des heutigen Zentralbanksystems eine Vielzahl regionaler Währungen.

Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Tatsache, dass Daten mittlerweile das Gold der Moderne sind. Wer sie kontrolliert, hat Macht. Demnach gilt für die Digital-Oligarchie des Silicon Valley das Gleiche wie für das mafiöse Zentral- und Investmentbankensystem: Ihre Übermacht muss eingeschränkt und der Rohstoff, nämlich die Daten, unter Kontrolle des Souveräns gestellt werden.

Je kleiner die zu verwaltenden Einheiten sind, desto erfolgreicher scheinen sie zu sein. Das unterstreicht der ökonomische Erfolg von Kleinstaaten wie der Schweiz. Diese Erkenntnis steht dem ungehemmten Wachstumsstreben des modernen, aufgeblähten

Staates und Finanzsystems diametral entgegen.

Deutschland gleicht zum Beispiel schon heute eher einem zentralistisch gesteuerten Sozialismus denn einer freiheitlich konstituierten und eigenverantwortlich organisierten föderalen Demokratie.

Der Staat mischt sich nicht erst seit Corona in praktisch alle Bereiche des sozialen und ökonomischen Lebens ein. Politische Agitation und Regulationswahn der Europäischen Union intensivieren kollektivistische Strömungen in allen Mitgliedsländern und führen in Konsequenz zu einem sozialistisch geprägten EU-Bundesstaat, in dem der Nationalstaat, und somit auch das Individuum, zur gesichts-, rechts- und mittellosen Verfügungsmasse allmächtiger Bürokratie verkommt. Das Politbüro lässt grüßen.

„Einen menschlichen Kommunismus oder einen demokratischen Sozialismus gibt es ebenso wenig wie einen vegetarischen Schlachthof“ (Guido Westerwelle).

Um nicht von einem Macht- oder Ideenvakuum korrumpt zu werden, sollte das Corona-Regime beizeiten abdanken, muss nicht nur der Widerstand, sondern ebenso die Gesamtbevölkerung bereits jetzt über Lösungen sprechen und Schritte definieren, die zu einer neuen, humanistisch geprägten, regional instituierten und möglichst libertären Gesellschaftsordnung führen können. Und auch die Kreise, die den Kurs der Regierung immer noch mittragen, müssen definieren, wie sie nach den traumatisierenden Ereignissen der vergangenen zwei Jahre gedenken, konstruktiv mit der Gegenseite zusammenzuarbeiten, sollte das neokapitalistische Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Da bisherige Konzepte gesellschaftlichen Zusammenlebens immer wieder an den gleichen Punkt geführt haben, nämlich in die

Katastrophe, scheint nunmehr endgültig die Zeit gekommen, sich neuen, radikaleren Ideen zu öffnen. Denn die Fassadendemokratie vertritt nur ihre eigenen Interessen. Ja, Basisdemokratie erfordert politische Bildung und starkes Engagement des Einzelnen. Und beides ist derzeit Mangelware.

Minarchie und Anarchie wurden bisher nur in kleinem Ausmaß praktiziert. Die Privatrechtsgesellschaft wirkt erstrebenswert und vernünftig, ist aber bis dato ein theoretisches Modell und wohl den meisten Protestierenden fremd. Auch mit echtem Libertarismus haben moderne Gesellschaften bisher wenig Erfahrung gesammelt. Diese hat man allerdings zur Genüge in Bezug auf den Kasino-Kapitalismus, Diktaturen, Sozialismus und Kommunismus – und sollte sie daher nicht wiederholen. Es braucht wahrscheinlich einen neuen Entwurf, der den Anforderungen des modernen Menschen in der heutigen Welt entspricht.

Da zumindest Naturrecht und spontane Ordnung verlässliche Basiskoordinaten darstellen, muss es möglich sein, von diesem Fixpunkt aus eine Diskussion darüber zu führen, wie Individuen, welche ethnische Herkunft, Ideologie oder Religion sie auch vertreten, in der Zukunft zusammenleben wollen und können – und zwar ohne dass sich ein omnipotenter Staat in jeden Aspekt des alltäglichen Lebens einmischt, Andersdenkende ausgrenzt und Wohlstand hemmungslos von unten nach oben umverteilt, um im Gegenzug kaum eine seiner Verpflichtungen gegenüber dem Bürger zu erfüllen. Der sogenannte Gesellschaftsvertrag ist so nichts mehr wert.

Die Erde ist das Habitat aller Menschen. Und alle Menschen sind gleich. Die friedliebende Menschheitsfamilie muss ihren gemeinsamen Lebensraum lediglich wieder in Besitz nehmen und selbst verwalten, anstatt ihn widerstandlos einer gierigen Oligarchie zu überlassen. Denn die Alternative – ein technokratischer, transhumanistischer Digital-Totalitarismus – wird kaum jemand als

lebenswert erachten.

Artikuliert die Gesamtbevölkerung nicht zeitnah eine neue, realisierbare Vision jenes goldenen Zeitalters, das viele Sozialtheorien versprochen, aber nie erreicht haben, werden Spaziergänge, Demos, Umbrüche und selbst Revolutionen maximal eines bewirken – alten Wein in neue Schläuche.

Bis das Hamsterrad der menschlichen Zivilisation in absehbarer Zeit wieder an exakt gleicher Stelle zum Stillstand kommt.

„Wer all seine Ziele erreicht hat, hat sie sich als zu niedrig ausgewählt“ (Herbert von Karajan).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. Zuletzt erschienen von ihm „Homo Demens — Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus“ (2023) und „Truman Show“ (2024). Weitere Informationen unter [regenauer.press](https://www.regenauer.press/) (<https://www.regenauer.press/>).

Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und
vervielfältigen.